Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

An das
Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport
Abt. 2 / Ref. 23 / 23.11
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Zuwendungen des Landes Brandenburg

1. Antragsteller	
Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	
Auskunft erteilt: (Name/Tel./E-Mail)	
Bankverbindung: Bezeichnung des Kreditinstituts:	IBAN: ..... BIC: ..... ----------

2. Maßnahme	
Bezeichnung	Maßnahme gemäß Projektliste „Förderung von Modellmaßnahmen und innovativen Projekten im Rahmen der Jugendhilfe“ **hier:** ☐ A) Landesprogramm „Sprachberatung“, Fachberatung mit dem Schwerpunkt Sprache ☐ B) Förderung der allgemeinen Fach- und Praxisberatung
Durchführungszeitraum	

3. Gesamtkosten	
laut beiliegender Kostengliederung (in Euro) (Position A + B)	
Beantragte Zuwendung (in Euro)	

4. Finanzierungsplan	**- in Euro -**
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)	
4.2. Eigenanteil (Position A + B)	
4.3. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	
4.4. Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch	
4. 5. Beantragte Zuwendung (Nr. 3 und 5)	

5. Beantragte Förderung		
einzelne Kostenpositionen	Zuwendung (in Euro)	v. H. der Gesamt-kosten (in Prozent)
Summe		

6. Begründung

6.1. zur Notwendigkeit der Maßnahme (Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs oder in vorhergehenden oder folgenden Jahren, Nutzen)

Anzahl der Kinder	Kindertageseinrichtungen	Kindertagespflegestellen

Angaben ggf. auf gesondertem Blatt fortführen

6.2. zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung
(u. a. Eigenmittel, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. finanzielle- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u. a. Folgekosten)

8. Anlagen

☐ aktuell geltende Konzeption bzw. Fördervereinbarung zur Umsetzung der Fachberatung mit dem Schwerpunkt Sprache

☒ **Kosten- und Finanzierungsplan**

☐ Nachweis über den Umfang der Tätigkeit als allgemeine Fach- und Praxisberatung (z.B. durch Auszüge aus Stellenplänen, Stellen- oder Arbeitsplatzbeschreibungen u. ä.)

9. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird das MBJS personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz. Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie jederzeit auf Anforderung in Papierform oder es steht Ihnen auf der Internetseite des MBJS zur Verfügung (LINK: https://mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/140/merkblatt_zum_datenschutz_im_rahmen_von_zuwendungsverfahren.pdf).

☐ Der Hinweis zum Datenschutz wurden zur Kenntnis genommen und es wird sich damit einverstanden erklärt.

10. Erklärungen*

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

☐ der vorzeitige Maßnahmebeginn zum ..... zwingend erforderlich ist

Begründung: .....

- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind und das insbesondere alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden,

- er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
  ☐ nicht berechtigt ist,
  ☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer)

- die Angaben in den vorgelegten Unterlagen subventionserheblich sind und dass die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB bekannt ist,

- der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistung haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Investitionszulagen ...),

- unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist,

<u>A. Landesprogramm „Sprachberatung“, Fachberatung mit dem Schwerpunkt Sprache</u>

- er mit dem MBJS im Jahre 2012 eine Fördervereinbarung geschlossen hat, aus der hervorgeht, wie die Verbesserung der Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung durch direkte Unterstützung am Arbeitsplatz und die Vernetzung bestehender regionaler Angebote zum Aufbau einer regionalen Unterstützungsstruktur umgesetzt werden,

- er auch im Jahr 2027 gemäß der Fördervereinbarung die Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung umsetzt und bei geplanten Änderungen mit dem MBJS eine neue Fördervereinbarung schließt,

- das Projekt „Sprachberatung“ im Jahr 2027 in den Monaten von .....
  bis ..... durchgeführt wird,

- das Besserstellungsverbot beachtet wird und es zu keiner Überzahlung von Fachkräften kommt,

B. Förderung der allgemeinen Fach- und Praxisberatung

- die Fachkraft eine für den Kindertagesbetreuungsbereich einschlägige Ausbildung und Berufserfahrung im Tätigkeitsfeld besitzt sowie an einer Fortbildung zur Praxisberatung teilgenommen hat, sich in einer solchen befindet oder über eine gleichartige und gleichwertige Qualifikation verfügt,

- die Fachkraft insgesamt .....Wochenstunden beschäftigt ist und davon mit einem Anteil von ..... % für die allgemeine Fach- und Praxisberatung tätig ist (Nachweis ist beizufügen),

- **neben** den Aufgaben der allgemeinen Fach- und Praxisberatung das Arbeitsgebiet noch folgende Tätigkeiten umfasst:

  - ..... gleich ..... % Anteil Arbeitszeit

  - ..... gleich ..... % Anteil Arbeitszeit

  - ..... gleich ..... % Anteil Arbeitszeit

- die Fachkraft im Jahr 2027 in den Monaten von ..... bis ..... als allgemeine Fach- und Praxisberatung tätig ist,

- die Fachkraft in den Monaten ..... nicht als allgemeine Fach- und Praxisberatung tätig ist,

  weitere Erläuterungen bei Bedarf hier angeben:

  .....

  .....

  .....

- die Fachkraft gegenüber den zu Beratenden keine Weisungsbefugnis und Aufsichtsfunktion besitzt.

---------- ----------

Ort/Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift und Stempel

***) Antragsteller, die mehrere Fachkräfte beschäftigen, fügen bitte für jede Fachkraft eine separate Erklärung bei.**